



Landesvertretung 27, Gewerkschaft der Landwirtschaftslehrer/innen
Vorsitzender Ing. Dominikus Plaschg
8510 Stainz, Brandhofstraße 1, ☎ (03463) 23 64 23 oder (0664) 441 92 08

Frau Landesrätin
Mag.^a Elisabeth GROSSMANN

Herrengasse 16
8010 G R A Z- Landhaus

Stainz, 31. Jänner 2011

R e s o l u t i o n

Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Bei informellen Gesprächen in ihrem Büro und auch von Seiten der Fachabteilung 6C wurden wir über die von Ihnen geplanten Schulschließungen im landwirtschaftlichen Schulwesen informiert. Dass nun trotz gegenteiliger Beteuerungen von Landes- und Bundespolitikern rigorose Sparvorhaben selbst vor einer der wertvollsten Investitionen einer Gesellschaft - nämlich in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder - nicht Halt machen sollen, enttäuscht uns zu tiefst.

Was heißt eigentlich „Sparen“ in unserem Schulwesen?

Dazu möchten wir darauf verweisen, dass das landwirtschaftliche Schulwesen in der Steiermark eines der bestuntersuchten im ganzen Land ist. Zwei Struktur- und Effizienzanalysen (1997, 2007) der Firma ICG (Infora-Consulting-Group) haben unserem Schulwesen ein hervorragendes Zeugnis hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Nutzenstiftung ausgestellt. Die Sparsamkeit ist damit wohl hinlänglich bewiesen.

Das abrupte Schließen von Schulstandorten wird abgelehnt!

Wir sind daher gegen das abrupte Schließen von Schulstandorten und fordern das Agreement bzw. gesetzliche Prozedere bei einer eventuellen Schließung von Schulstandorten ein. Vorgegebene Klassenschülerdurchschnittszahlen, mehrjähriger Beobachtungszeitraum usw. müssen dabei berücksichtigt werden, Vorgaben aus dem l. u. f. Schulerhaltungsgesetz sind einzuhalten.

Aus obiger Sicht unbegründete Schulschließungen, die ausschließlich zu einem Angebotsverlust der land-, forst- und ernährungswirtschaftlichen Schulausbildung führen sollen, lehnen wir ab!

Bedarfsorientierte landwirtschaftliche Ausbildung wird steigen!

Wenn man die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe, die 2010 einen Mehrfachantrag gestellt haben (d. s. ca. 28.000 Betriebe), in Relation mit dem jährlichen Bedarf an ausgebildeten Betriebsführern stellt (bei nur 40-jährigem Generationswechsel!), so ergibt sich bereits ein Bedarf von 700 Personen jährlich.

Bitte wenden

Wenn man annimmt, dass zukünftig auch der/die Ehepartner/in des Betriebsführers/der Betriebsführerin eine landwirtschaftliche Fachausbildung haben soll, erhöht sich der Bedarf noch bis auf das Doppelte (1400!). Die derzeitige Anzahl an jährlichen Absolventen/innen - Landwirtschaft und Hauswirtschaft zusammen - ist gerade einmal etwas über 630!!

Qualitätsarbeit darf nicht bestraft werden!

LRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Bettina Vollath hat in Kenntnis unseres Schulwesens öfters öffentlich kundgetan: „*Ich sehe in den landwirtschaftlichen Schulen am meisten von dem verwirklicht, wie eine Schule heute sein sollte. Jede/r steirische Schüler/in sollte die Chance haben, eine landwirtschaftliche Schule besuchen zu können*“. Gilt das nicht mehr? Warum dieser abrupte Paradigmenwechsel in der steirischen Bildungspolitik?

Wir wollen nicht die Zeche für eine verfehlte Politik zahlen müssen, der es nicht gelingt, das Bildungsgeld in jenen Schulbereich zu transferieren, in den auch die Schüler/innen gehen wollen.

Wir fordern, dass das Grundrecht der freien Bildungswahl erhalten bleibt!

Wir fordern, dass das Grundrecht der freien Bildungswahl für Schüler/innen auch im landwirtschaftlichen Schulwesen gilt! Wer die Multifunktionalität des ländlichen Raumes und die Notwendigkeit seiner vielfältig ausgebildeten Menschen ernst nimmt, wird Ausbildungsplätze im landwirtschaftlichen Schulwesen fördern und nicht beschneiden. Auch Nicht-Landwirtekinder müssen weiterhin Zugang zu diesen Schulen haben!

Wohin mit arbeitslosen Lehrer/innen?

Wir protestieren dagegen, dass mit den geplanten Maßnahmen mindestens 23 ausschließlich junge und kostengünstige Lehrer/innen auf die Straße gestellt werden, die aufgrund ihrer nur auf das landwirtschaftliche Schulwesen beschränkten Lehrbefugnis in keiner anderen Schulart eine Anstellung bekommen können.

Unverantwortliche Ankündigungspolitik

Bildungspolitik verlangt verantwortungsvolle und auf längere Sicht angelegte Maßnahmen und keine verunsichernde Ankündigungspolitik. Wir Landwirtschaftslehrer/innen sind nicht gegen notwendige Veränderungen oder schlüssige Strukturanpassungen, aber wir sind gegen das Abschneiden lebender (Bildungs-)Äste. Das ist aus unserer Sicht keine Bildungspolitik für die ländlichen Regionen sondern mutloses Kaputtsparen.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Aufnahme von Gesprächen

Dominikus Plaschg

Eva Fraißler

Urban Grossegger

Waltraud Bauer

Eva Schiefer

Andreas Reisenhofer

Inge Schuster

und weitere 22 Delegierte des GÖD- Landestages der Landesvertretung 27, Gewerkschaft der Landwirtschaftslehrer/innen, lt. beil. Liste.